

Ordentliche Landesdelegiertenkonferenz Hagen 20.-22.3.2009



Beschluss

TO-Gegenstand:

**Wirtschafts- und Finanzkrise
- Für einen Grünen New Deal in NRW**

WF-1 neu

Klima-, Wirtschafts- und Finanzkrise gemeinsam angehen - Für einen Grünen New Deal in Nordrhein-Westfalen

Die Globalisierung der Wirtschaft ohne einen starken sozial-ökologischen Ordnungsrahmen hat die Weltwirtschaft in die tiefste Krise seit den 1930er Jahren getrieben. Finanz-, Klima- und Ressourcenkrise und die immer tiefere Spaltung zwischen Arm und Reich haben hier ihre gemeinsame Ursache. Die weltweite Verbreitung unseres nicht nachhaltigen Produktions- und Konsummodells hat die Preise für Rohstoffe, Energie und Nahrungsmittel explodieren lassen und damit die Krise beschleunigt. Die Deregulierung der Finanzmärkte hat eine riesige Spekulationsblase befördert, die nun geplatzt ist.

Bündnis 90/Die Grünen fordern gemeinsam mit der Europäischen Grünen Partei und den Global Greens seit vielen Jahren Regeln für eine gerechte Globalisierung.

Strukturkonservative und marktradikale Kräfte in Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft haben die Durchsetzung gerechter Regeln bis heute verhindert. In Deutschland hat sich insbesondere die FDP mit ihrer Ideologie des freien Marktes gegen alle sinnvollen Vorschläge in diesem Bereich gestellt – und nicht einmal aus dieser Krise etwas gelernt.

Die heutige Krise hat aber auch das Bewußtsein für die Probleme gestärkt und bietet deshalb die Chance, einen internationalen Grünen New Deal durchzusetzen, der Klima-, Ressourcen- und Wirtschaftskrise gemeinsam angeht. Durch massive Investitionen in Klimaschutz, Bildung und soziale Gerechtigkeit wollen wir die Wirtschaftskrise bekämpfen und Millionen neuer, zukunftsfähiger Arbeitsplätze schaffen.

Bankenkollaps verhindern – Staatsbürgschaften absichern - Finanzmarktregulierung durchsetzen -

Der Finanzsektor hat sich selbst in eine schwere Strukturkrise gebracht, die Auswirkungen auf die Realwirtschaft wachsen. Es ist deshalb ohne Alternative, die Banken durch staatliche Maßnahmen zu stabilisieren.

Das Rettungspaket der Bundesregierung hat seine Wirkung weitgehend verfehlt. Die Situation der Banken ist nach wie vor dramatisch. Um die Pleite zu verhindern, den Geldfluss zwischen den Banken wieder in Gang zu bringen, einer Kreditklemme vorzubeugen und dabei die BürgerInnen so wenig wie möglich zu belasten brauchen wir jetzt eine Lösung. Wir wenden uns gegen den Vorschlag einiger Bankenvertreter für eine zentrale Bad Bank. Dies würde nur dazu führen, dass die Banken ihre Risikopapiere dem Staat zu Höchstpreisen verkaufen. Zahlen müssten am Ende die SteuerzahlerInnen. Stellt der Staat Banken Kapital zur Verfügung, muss gewährleistet sein, dass er im Gegenwert Eigentumsanteile erhält, die er in besseren Zeiten wieder verkaufen kann. Des Weiteren fordern wir, dass Deutschland seinen nationalen Alleingang in der Krisenbekämpfung endlich beendet. Eine wirkungsvolle, nachhaltige Politik kann gerade jetzt nur europäisch gestaltet werden.

Diese Hilfen sind aber nur zu rechtfertigen, wenn gleichzeitig konsequente Maßnahmen beschlossen werden, die verhindern, dass eine solche Krise wieder entstehen kann. Dazu zählen insbesondere:

- Die Stärkung des Eigenkapitals von Banken
- Die Erweiterung der Finanzaufsicht und Eigenkapitalvorschriften auf alle Finanzmarktakteure, insbesondere Hedge-Fonds
- Das Verbot von außerbilanziellen Zweckgesellschaften
- Dämpfung der krisenverschärfenden (prozyklischen) Wirkung von Bilanzierungs- und Eigenkapitalvorschriften.
- Das Geschäftsmodell der Ratingagenturen muss eine grundlegende eine Änderung erfahren. Dazu kann eine selbstständige europäische Rating-Agentur ein Beitrag sein. Beratungsgeschäft und Bewertung müssen strikt getrennt sein. Die Bezahlung sollte durch die Nutzer der Ratings erfolgen – nicht wie bisher ausschließlich seitens der Bewerteten. Zudem gilt es, die Rolle von Ratings zurückzuschrauben. Die Politik hat den Ratingagenturen durch die Bankenregulierungen oder Entscheidungen der Zentralbanken erst die Macht verliehen, die sie heute haben. Dies gilt insbesondere im Bankensystem, in denen teilweise die Ratings eigene Prüfungen fast verdrängt haben.
- Schließung der Steueroasen durch Einschränkung des freien Kapitalverkehrs mit diesen Staaten und Territorien
- Besteuerung aller Finanztransaktionen durch eine Europäische Finanzumsatzsteuer inklusive einer Devisenumsatzsteuer
- Zusammenführung der Bankenaufsicht bei der BaFin. Finanzierung der BaFin aus Steuerstatt aus Bankengeldern. Berufung von Verbraucherschützern und unabhängigen Finanzexperten in den Verwaltungsrat der BaFin.
- Die Stärkung der wirtschaftspolitischen Koordination auf internationaler und europäischer Ebene, um das Aufbauen von ökonomischen Ungleichgewichten zu begrenzen. Hierzu muss gerade Deutschland als Exportnation seinen Beitrag leisten.
- Stärkung von Solidarischer Ökonomie im Finanzsektor, darunter die öffentlichen und genossenschaftliche Banken sowie regionale Geldsysteme

Gleichzeitig gilt: Eine Sozialisierung von Verlusten darf es nicht geben. Wenn öffentliche Steuergelder in die Stützung von privaten Banken gesteckt werden, muß sichergestellt sein, daß sie über Gebühren und Gewinnanteile zurückgezahlt werden. Wir wenden uns gegen die Forderung nach einer vollständigen Verstaatlichung des Bankensektors. Hiermit würden den BürgerInnen unnötig große Risiken zugemutet. Hierfür muß sich die öffentliche Hand die

notwendigen Kontroll- und Mitentscheidungsrechte sichern. Wir wollen, daß die Stützungsmaßnahmen sich selbst refinanzieren. Gelingt dies nicht, ist eine Solidarleistung von EigentümerInnen und der Inhaber großer Vermögen durch eine zeitlich befristete Vermögensabgabe erforderlich. Es kann nicht sein, daß die Zeche vergangener Exzesse von den normalen Bürgern und Bürgerinnen und der Vielzahl kleiner und mittelständischer Unternehmen gezahlt wird. Es muß gelten: Wer verdient hat in der Blase muß auch zahlen in der Krise!

Die Finanzkrise zieht die Realwirtschaft mit

Inzwischen ist die Finanzkrise auch in der Realwirtschaft angekommen. Erschwerend wirkt sich dies aus, wenn sich die Konjunkturkrise wie in der Automobilindustrie mit einer falschen Produktpolitik verbindet. Die Folge: Zigtausende von ArbeitnehmerInnen sind alleine in Nordrhein-Westfalen von Entlassung und Kurzarbeit bedroht, immer mehr Unternehmen stehen vor ernststen wirtschaftlichen Problemen.

Leiharbeits- und Teilzeitverträge werden als Erste gekündigt, Geringqualifizierte und Beschäftigte für Hilfstätigkeiten direkt entlassen. Aber nicht nur große Unternehmen sind betroffen, auch Kleinbetriebe aus dem Bereich der Zulieferer werden mitgezogen. Hier kommt für die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen der eingeschränkte Kündigungsschutz verschärfend hinzu.

Uns geht es bei der Unternehmensrettung vor allem um die Beschäftigungssicherung. Die öffentliche Hand kann nicht tatenlos zusehen, wenn tausende Arbeitsplätze in zukunftsfähigen Unternehmen verloren gehen. Der Staat kann jedoch nicht jedes angeschlagene Unternehmen retten. Es ist auch in der Krise nicht seine Aufgabe, Unternehmen ohne tragfähiges, nachhaltiges Geschäftsmodell zu stützen. Ebenso wenig kann es Aufgabe des Staates sein, massive Überkapazitäten im Markt zu subventionieren.

Die öffentliche Hand kann nicht tatenlos zusehen, wenn Arbeitsplätze in zukunftsfähigen Unternehmen bedroht sind. Bei der Unterstützung von Unternehmen mit Bürgschaften und Krediten darf es jedoch keine Rettungsaktionen im Wege der Selbstbedienung einiger großer Konzerne geben. Vielmehr müssen diese Hilfen nach transparenten und für alle geltenden Kriterien vergeben werden. Hierzu gehört, daß das zukünftige Unternehmenskonzept tragfähig ist, keine Wettbewerbsverzerrungen stattfinden, die an anderer Stelle Arbeitsplätze kosten und private Investoren nicht aus der Haftung entlassen werden.

Weitgehende Unternehmenshilfen darf es nur geben, wenn das Unternehmen zukunftsfähig ist, sie müssen mit sozial-ökologischen Auflagen verbunden werden. Die Arbeitsplätze der Zukunft entstehen nicht durch Betonpolitik und Steuererleichterungen für Spritfresser, sondern durch Investitionen in Bildung, Pflege, Gesundheitswirtschaft, Dienstleistungssektor, Energieeffizienz, Erneuerbare Energien, Kreativwirtschaft, und andere Zukunftsindustrien. Dafür liegt der Schlüssel nicht nur auf europäischer und nationaler Ebene, sondern bei den Kommunen und der Strukturpolitik der Landesregierung.

Die staatliche Rettung angeschlagener Unternehmen zum Zweck der Beschäftigungssicherung darf nicht nur am aktuellen Krisenfall orientiert sein. Vielmehr ist es notwendig ein Gesamtkonzept zur Stabilisierung der Realwirtschaft zu entwickeln. Das Konzept muss erstens

- 135 finanzpolitisch durchhaltbar sein, zweitens die volkswirtschaftliche Bedeutung der krisengefährdeten Sektoren berücksichtigen und drittens nachhaltige Geschäftsmodelle priorisieren. Nur so kann verhindert werden, dass jetzt enorme finanzielle Mittel in unsinnige Rettungsprojekte fließen und zu einem späteren Zeitpunkt keine Mittel mehr zur Rettung systemrelevanter und zukunftsfähiger Unternehmen vorhanden sind.
- 140 Neben der Hilfe durch den Staat kann auch die kontrollierte Insolvenz eine Perspektive für die Weiterführung des Unternehmens sein. Noch viel zu oft wird unter Insolvenz nur die Liquidation verstanden – wir wollen insbesondere die Möglichkeit der Weiterführung von Unternehmen(steilen) durch die Beschäftigten stärken. Wir setzen uns deshalb für eine entsprechende Weiterentwicklung des Insolvenzrechts ein.

145

Menschen eine Perspektive geben!

- Angesichts der aktuellen Krise in der Automobilindustrie steht die Politik vor einem Dilemma. Sollten viele der Arbeitsplätze nicht kurzfristig zu retten sein, kann der Staat den ArbeitnehmerInnen, die ihre Jobs verlieren, keine ernsthafte Perspektive verschaffen. Aus diesem Grund betonen wir die Notwendigkeit einer Umorientierung in der Sozialpolitik. Eine kurzfristige Arbeitslosigkeit darf keine berufliche Sackgasse sein. Vielmehr müssen im Falle eines Arbeitsplatzverlustes alle Anstrengungen darauf gerichtet sein, den ArbeitnehmerInnen durch Weiterbildung und Umschulung neue Jobperspektiven in zukunftsfähigen Branchen zu bieten. Nur so werden Transformationsprozesse in Branchen ohne Zukunft zur Chance für die ArbeitnehmerInnen.

Finanzmarktkrise zur überfälligen Landesbankenkonsolidierung nutzen

- Die Finanzmarktkrise hat einmal mehr gezeigt, dass das aktuell bestehende System der Landesbanken nicht zukunftsfähig ist. Sie haben ihr Geschäftsmodell verloren, das schlichtweg darin bestand, sich am Kapitalmarkt - gestützt auf die staatlichen Garantien - billig Geld zu verschaffen und dieses dann teurer weiterzuerleihen. Die Versuche, die nun fehlenden Erträge über zweifelhaftes Kreditersatzgeschäft auszugleichen, sind kläglich gescheitert und haben die einzelnen Institute - in Düsseldorf, aber auch in München, Stuttgart und Kiel - in Existenz bedrohende Krisen gestürzt.

170

- Auf diese Krisen gibt es nur eine mögliche Antwort: Die Landesbanken müssen - ausgerichtet an ihren jeweiligen funktionalen Stärken - zu einem einzigen Institut zusammenfinden. Dies geht - mit Blick auf die spezifischen Altlasten der einzelnen Institute und mit Blick auf regionale Standorterfordernisse - nicht von heute auf morgen, doch müssen die entscheidenden Schritte für diesen Konsolidierungsprozess jetzt vorgenommen werden.

- Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat die Notwendigkeit solcher Schritte nach wie vor nicht erkannt. Sie hält stur an ihrer Linie fest, immer wieder neue Fusionsszenarien für die WestLB in den politischen Raum zu stellen, diese dann - zumindest medial - einige Wochen zu verfolgen und sie schließlich mehr oder weniger geräuschlos ad acta zu legen. Jüngstes Beispiel hierfür ist die wieder einmal propagierte Fusion mit der Helaba, von der die Verantwortlichen in Hessen allerdings nicht einmal etwas wissen.

180

185 Ignoranz und Inkompetenz der Landesregierung werden die WestLB zielsicher in ein Bieterverfahren führen, bei dem die Bank zum Nachteil des Landes, seiner Kommunen und der nordrhein-westfälischen Sparkassen verscherbelt wird. Wir GRÜNE sagen: Das größte Problem der WestLB AG sind weder die toxischen Wertpapiere noch die EU-Kommission. Das größte Problem der Bank ist die nordrhein-westfälische Landesregierung.

190

Zeit für eine ökologische Wende in der nordrhein-westfälischen Wirtschaftspolitik -

195 Angesichts des Wegbrechens von Exportmärkten und der Vernachlässigung der Binnennachfrage in der Vergangenheit genügt es jedoch nicht, sich auf stabilisierende Maßnahmen für die Realwirtschaft zu beschränken.

200 Mit Abwrackprämien ein "Weiter so" in alten Strukturen über Schulden zu finanzieren, ist unverantwortlich und verschleudert Steuergelder. Steuergelder, für die Frauen wie Männer bezahlen müssen, von denen aber bei allen bisherigen Plänen überwiegend männliche Arbeitnehmer z.B. im Baugewerbe profitieren werden. Die außerordentlichen finanziellen Anstrengungen, die mit den Konjunkturprogrammen der Bundesregierung jetzt unternommen werden, müssen genutzt werden, um die Weichen Richtung Zukunft, für zukunftsfähige Sektoren zu stellen. Jetzt gilt es, die Milliarden € der Konjunkturprogramme in einen Anschub für die kommende grüne industrielle Revolution zu investieren. Nur so kann die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise zur Chance für zukunftsorientierte Arbeitsplätze werden. Dabei muss die Chance genutzt werden, Arbeitsplätze für Männer und Frauen zu schaffen, damit Deutschland nicht länger Schlusslicht der Frauenerwerbsquote bleibt.

210 Gerade Nordrhein-Westfalen als ökonomisches Herz Europas muss eine Modellregion für den Aufbruch in nachhaltiges Wirtschaften werden, statt Subventionen oder Investitionen in nicht zukunftsfähigen Strukturen zu verbrennen. Dies gilt insbesondere für den Energiesektor.

215 In der Verknüpfung der Wirtschafts- und der Energiepolitik liegt eine große Chance. Denn: Die weltweiten Zukunftsmärkte werden von den 3E (Energieeffizienz, Energieeinsparung und Erneuerbare Energien) bestimmt. Sie erfordern eine Politik, die dezentral und mittelständisch denkt. Das ist das Gegenteil von der bisherigen an den Monopolisten RWE und EON orientierten Energiepolitik. Für die Monopole sind Große Kohlekraftwerke und Atomkraftwerke die profitabelsten Optionen. Für den Klimaschutz, für die mittelständischen Akteure und für die Stadtwerke sind dezentrale Anlagen, Kraft-Wärme-Kopplung KWK, Erneuerbare Energien und Effizienztechnologien die besten Optionen

225 Es geht aber dabei nicht nur um die Stromerzeugung über erneuerbare Energien, es geht um die gesamte Palette industrieller Produkte und Produktionstechniken. Diejenigen, die als erste das 3l und in der Folge das 1 l Auto als technisch anspruchsvolles Fahrzeug auf den Markt bringen, werden Startvorteile auf dem Weltmarkt haben. Diejenigen die die ressourcen- und energiesparendsten Produktionstechniken in der Chemie-, der Metallverarbeitenden-, der Nahrungsmittelindustrie entwickeln werden im Weltmarkt besser präsent sein. Wer glaubt, in der Wirtschaftskrise eine Auszeit für Klimaschutz und zukunftsgerichtete Energiepolitik nehmen zu können, handelt verantwortungslos und gerät selbst ins Aus .

230

235 Unser Ziel ist es, diese Zukunftsmärkte zu erkennen und den Anteil Nordrhein-Westfalens an diesen Märkten zu erarbeiten. Schon heute ist die Umweltwirtschaft eine kontinuierlich wachsende Branche: Deutschlandweit arbeiten nach einer aktuellen Erhebung der Bundesregierung hier 2006 fast 1,8 Millionen Menschen - 200.000 mehr als zwei Jahre zuvor. In NRW sind es demnach mindestens 400.000 Arbeitsplätze, die am Umwelt- und Klimaschutz hängen. Das sind fast fünfmal mehr als in der Automobilindustrie in NRW.

240 NRW hat alle Chancen in diesen wachsenden Märkten, aber es droht diese Chancen aus ideologischen Vorbehalten der Landesregierung zu verschlafen. Die Bilanz nach 39 Monaten ist ernüchternd. Es sind keine Anzeichen für eine strategisch strukturierte Energiepolitik erkennbar. Stattdessen ist eine Mischung aus Ignoranz und populistischen Mätzchen in Bezug auf die Erneuerbaren Energien festzustellen. Es gibt keine Hinweise, dass diese Landesregierung die Chancen, die in den weltweiten Märkten der 3 E liegen, auch nur im Ansatz erkannt hätte und zu
245 Orientierungspunkten ihrer Politik machen würde. Dies ist nicht nur wirtschaftspolitisch, sondern auch klimapolitisch ein schweres Versagen.

250 **NRW muss die Herausforderungen des Klimaschutzes endlich annehmen**

Die Konjunkturprogramme der schwarz-roten Bundesregierung bestehen vor allen Dingen aus Investitionen in Beton und aus Konjunkturunwirksamen Steuersenkungen. Damit verkennt die Bundesregierung die tatsächlichen Herausforderungen der Zukunft, denn die liegen in den
255 Köpfen und in nachhaltigen Geschäftsmodellen.

Wir Grüne betrachten Ausgaben im Bildungssektor als Investition in die Zukunft. Keine andere Investition ist so effizient und zukunftsfruchtig wie die Investition in Wissen und Bildung. Aus diesem Grund setzen wir uns dafür ein, die Mittel der Konjunkturpakete in stärkerem Maße für die
260 Verbesserung der Bildung in NRW zu verwenden. Es muss darum gehen, diese Investitionen in Beton mit einem deutlichen Ausbau im Bildungssektor zu verknüpfen. Wir denken, dass diese Investitionen weitaus nachhaltigere Wirkungen für die wirtschaftliche Dynamik haben werden als Rettungsschirme für nicht zukunftsfähige Unternehmen. Wir setzen uns für zusätzliches
265 Personal in Kitas, Schulen und Hochschulen ein, um die Qualität von Betreuung, Erziehung und Ausbildung zu verbessern. Im Gegensatz zu Gebäude-Investitionen verbessern diese Ausgaben die Lernsituation von Kindern und Jugendlichen unmittelbar und in deutlich höherem Maße.

Weiteren dringenden Investitionsbedarf sehen wir in der Frage der Energiewende.

270 Dort gibt zwei große globale Herausforderungen, die beide im zentralen Bereich der Energiepolitik liegen und von hoher wirtschaftspolitischer Relevanz sind:

- der bisher wesentlich von den Industrieländern verursachte und in seiner Bedrohung zunehmende Klimawandel
- 275 - die absehbare Endlichkeit wesentlicher Rohstoffe

Wir Grüne sagen deutlich, Klimaschutz ist eine Frage der globalen Gerechtigkeit. NRW ist vor allem durch seine kohlenlastige Stromerzeugung seit Jahrzehnten einer der Hauptverursacher der bisher bereits eingetretenen Klimaerwärmung. NRW ist in einem Ranking der 27 EU-Staaten

280 der siebtgrößte Emittent. Wenn man weltweit den Punkt mit den höchsten CO₂-Emissionen sucht, findet man ihn in dem Dreieck zwischen den Orten Niederaußem, Weisweiler und Frimmersdorf. Dort werden täglich 250 000 Tonnen CO₂ emittiert, und das 365 Tage im Jahr.

285 Die weltweite Klimaschutzpolitik wird im Vorfeld des Weltklimagipfels von Kopenhagen im Dezember 2009 von der Erkenntnis der Klimawissenschaft geprägt werden, dass die globale Erwärmung und ihre Folgen (z. B. Meeresspiegelanstieg, Eisverlust in der Arktis usw.) dramatischer verlaufen als noch im IPCC-Bericht 2007 angenommen. Bisher wird öffentlich nicht wahrgenommen, welche dramatischen Auswirkungen der Klimawandel auch auf NRW haben wird. Selbst wenn es gelingt, die Erderwärmung auf zwei Grad zu begrenzen, erwartet das
290 Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) langfristig einen Meeresspiegelanstieg um 20 Meter. Das heißt: NRW wird zur Küstenregion (der niedrigste Punkt von NRW liegt in der Gemeinde Kranenburg. Dort beträgt die Höhe 9,2 m über NN), weite Teile des Niederrheins werden dann unter dem Meeresspiegel liegen.

295 Deshalb hat gerade NRW die Verpflichtung, die CO₂-Emissionen bis 2050 um 80% zu reduzieren. Das ist jedoch unmöglich mit dem Neubau von weiteren Kohlekraftwerken.

300 **Keine neuen Kohlekraftwerke, mehr Kraft-Wärme-Kopplung (KWK)**

Ein Drittel der deutschen CO₂-Emission stammt aus NRW. 60 % der CO₂-Emissionen NRWs stammen aus Kraftwerken. Diese Kondensationskraftwerke geben 60 % ihrer Energie nutzlos an die Umgebung ab. Die in NRW derzeit geplanten oder im Bau befindlichen 11 neuen
305 Kohlekraftwerke zementieren diese ineffiziente Struktur trotz etwas verbesserter Wirkungsgrade auf Jahrzehnte.

Vor allem verhindern sie den Ausbau der KWK, die aufgrund der gleichzeitigen Erzeugung von Strom und Wärme Wirkungsgrade von 80% und mehr haben kann. NRW ist mit seiner hohen
310 Bevölkerungs- und Industriedichte prädestiniert für die KWK, hat aber bei der Stromproduktion nur einen KWK-Anteil von 10%. Dass KWK-Anteile von 60% und mehr bei einer konsequenten Förderpolitik möglich sind, zeigen das Beispiel Dänemark, aber auch Städte in NRW wie Lemgo.

315 **Konjunkturprogramme: Nachhaltigkeit und Effizienz statt Gießkanne und Strukturkonservatismus**

Alle Konjunkturprogramme und alle Rettungsversuche müssen zukunftsfähige und damit sozial-ökologische Arbeitsplätze schaffen bzw. erhalten. Sie sollen einer neuen Welle der
320 Arbeitslosigkeit etwas entgegensetzen. Dabei müssen wir gerade in Deutschland im Blick haben, dass die Frauenerwerbsquote im EU-Vergleich sehr schlecht ist. Und selbst der leichte Anstieg in den letzten Jahren kommt nur daher, dass die von Frauen erbrachten Arbeitsstunden auf mehr Frauen aufgeteilt werden. Deshalb müssen wir die Krise auch als Chance verstehen, mehr Geschlechtergerechtigkeit zu erreichen.

325 Im Rahmen des von uns geforderten NRW-Konjunkturprogrammes halten wir im Energiebereich die folgenden Projekte besonders in Nordrhein-Westfalen für vordringlich. Sie

würden langfristig angelegt einen starken Beschäftigungsimpuls im Mittelstand auslösen und gleichzeitig den Kaufkraftabfluss für die Importe von Primärenergien deutlich reduzieren.

330

- Ein groß angelegtes Förderprogramm für die energetische Sanierung von öffentlichen und privaten Altbauten: Um die Sanierungsquote in NRW von derzeit 1% auf mindestens 3% des Gebäudebestandes pro Jahr zu erhöhen (entspricht 200.000 Wohnungen), müssen Gesamtinvestitionen in Höhe 3 Mrd. Euro durch eine anteilige Förderung ausgelöst werden. Hiermit können 100.000 Arbeitsplätze zusätzlich geschaffen und dauerhaft gesichert werden.
- Der Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung und der Nahwärmenetze anstelle des Neubaus von ineffizienten Kohlekraftwerken: Um den Anteil der KWK an der Stromversorgung von derzeit 10% auf 33% zu erhöhen, müssen pro Jahr 460 Mio. Euro in NRW investiert werden.
- Ein Anreizprogramm zum Austausch von Nachtspeicherheizungen: Der Austausch der 450.000 Nachtspeicherheizungen und Ersatz durch moderne Heizungssysteme innerhalb von 10 Jahren erfordert Gesamtinvestitionen von 240 Mio. Euro im Jahr.
- Der weitere konsequente Ausbau der Erneuerbaren Energien im Strombereich und verstärkte Forschungsbemühungen zur verbesserten Integration in die vorhandene Energieversorgungsstruktur: Es ist unser Ziel, den Anteil der Erneuerbaren Energien im Strombereich in NRW von derzeit etwa 5% auf 22% bis 2020 zu erhöhen. Neben der Förderung durch das EEG braucht es vor allem Investitionen in Netze und Speichertechnologien.
- Schaffung von konzernunabhängigen Gas- und Stromnetzgesellschaften für mehr Wettbewerb im Energiemarkt: Die Strom- und Gasübertragungsnetze werden ausschließlich von den großen Energiekonzernen kontrolliert. Um wirklichen Wettbewerb und diskriminierungsfreien Zugang zu den Netzen zu ermöglichen, brauchen wir von den Konzernen unanhängige Netzgesellschaften.

335

340

345

350

355

Kommunen und ihre finanzielle Ausstattung sind entscheidend für eine funktionierende Daseinsvorsorge

360

Für viele Bereiche der Konjunkturprogramme spielen die Kommunen als Auftraggeber eine entscheidende Rolle. Zukunftsinvestitionen, wie die Sanierung öffentlicher Gebäude, aber auch der Ausbau von Kraft-Wärme-Kopplung und Nahwärmenetzen sind nur dann wirkungsvoll möglich, wenn die Kommunen und die öffentlichen Unternehmen dazu beitragen können.

365

Dazu bedarf es allerdings der Stärkung der kommunalen Ebene. Dies gilt für deren finanzielle Ausstattung, die durch die CDU-/FDP-geführte Landesregierung in den letzten drei Jahren konsequent verschlechtert wurde. Dies gilt auch bei der Abwehr des Angriffs marktradikaler Kräfte innerhalb der Bundesrepublik und der EU auf die die Erbringung kommunaler Daseinsvorsorge.

370

Rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen haben sich seit 2005 für die NRW-Kommunen verschlechtert

375

Während sich die Steuereinnahmen des Landes seit 2004 um über 8 Milliarden Euro auf gut 42 Milliarden Euro erhöht haben, hat das Land den Kommunen 1,3 Milliarden Euro bei den ihnen eigentlich zustehenden Zuweisungen entzogen.

Hinzu kommen diverse Aufgabenverlagerungen, bei denen entgegen dem Konnexitätsprinzip keine angemessene Finanzausstattung der Kommunen vorgenommen wurde. All dies hat verheerende Folgen für die kommunalen Haushalte und deren Investitionen.

380

Trotz deutlich gestiegener Steuereinnahmen bei Bund und Land sind die Sachinvestitionen der Kommunen seit 2004 von 3,4 Milliarden Euro nochmals um 440 Millionen Euro auf nur noch 2,96 Milliarden Euro gesunken. Parallel dazu sind die Kassenkredite der Kommunen von Anfang 2005 bis jetzt um mehr als 4 Milliarden € auf nun über 14,2 Milliarden Euro gestiegen. All dies erschwert es den Kommunen erheblich, ihren Aufgaben bei der kommunalen Daseinsvorsorge und bei nachhaltigen Investitionen gerecht zu werden. Diese Ausgangslage am Ende eines Konjunkturzyklus mit hohen Steuereinnahmen wird sich bei den jetzt anschwellenden Steuerausfällen und zusätzlichen Schulden der öffentlichen Hand durch die Wirtschaftskrise in den Jahren 2010 und 2011 absehbar dramatisch verschärfen.

390

Erschwerend hinzu kommt die ideologisch ausgerichtete Politik der Landesregierung, die den NRW-Kommunen in der bundesweit schärfsten Form die wirtschaftliche Betätigung erschwert und mit der optionalen Einführung von Trägerkapital mittelfristig der Privatisierung von Sparkassen die Tür geöffnet hat. Die Unterordnung der Landesregierung unter die „Privat vor Staat“-Ideologie der besonders marktradikalen FDP aus Nordrhein-Westfalen hat damit dem Wirtschaftsstandort NRW und der kommunalen Familie schweren Schaden zugefügt – die CDU ist damit entgegen ihren früheren Behauptungen aus Oppositionszeiten in der NRW-Landesregierung als Partner der NRW-Kommunen ein Totalausfall.

395

400

Wir GRÜNE werden dies auch im Rahmen der anstehenden Kommunalwahlen thematisieren und dafür sorgen, dass diese Politik dort und auch bei der Landtagswahl 2010 gestoppt wird.

Die Gemeinwohlorientierung der öffentlichen Daseinsvorsorge nicht aushöhlen!

405

Öffentliche Aufgaben werden durch die Liberalisierungspolitik der Mehrheiten in der EU zunehmend für den Wettbewerb geöffnet. Fast völlig ausgeblendet werden dagegen Anforderungen an eine Nachhaltige Entwicklung, die ökologische und soziale Kriterien neben ökonomischen gleichberechtigt integriert sowie die lokale Demokratie und politische Partizipation der Bürgerschaft in ihren Kommunen berücksichtigt.

410

Wir brauchen eine Europäische Rahmenrichtlinie zum Schutz der Daseinsvorsorge, wie sie seit 2006 vom europäischen Gewerkschaftsbund im Rahmen einer europaweiten Kampagne gefordert wird und der sich auch die GRÜNE Europafraktion angeschlossen hat. Ziel einer solchen Richtlinie muss eine Absicherung des Kommunalen Selbstverwaltungsrechtes und ein Schutzrahmen für Dienstleistungen von allgemeinem Interesse (DAI) in Abgrenzung zu solchen Dienstleistungen im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse (DAWI) sein.

415

420

Interkommunaler Kooperationen, z.B. in Form von Zweckverbänden, müssen vom europäischen Vergaberecht freigestellt werden, anstatt sie als verschleierte Wirtschaftstätigkeit einzuordnen und sie damit den Binnenmarktregeln zu unterwerfen. Gerade kleinere Kommunen sind bei der Verwaltungszusammenarbeit, aber auch in Bereichen wie, ÖPNV, Energie, Wasser/Abwasser,

425 Abfall, Krankenhäusern, etc. darauf angewiesen, kommunale Zweckverbände zu etablieren, umeine gute Versorgung der Bürgerschaft zu gewährleisten. Perspektivisch werden solche Zusammenarbeitsformen auch bei Schulen, Kindergärten oder Alteneinrichtungen zunehmen.

430 Wir brauchen auch eine EU, die sich nicht weiter einseitig gegen öffentlich-rechtlichen Banken und Sparkassen wendet und somit den großen Privatbanken in die Hände spielt, die ohne eine Konkurrenz öffentlich-rechtlicher Banken weder die kostengünstige und flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit Giro-Konten noch die Versorgung der mittelständischen Wirtschaft mit Krediten sicher stellt.

435 Hiermit muss auch verhindert werden, dass diese heute viel zu niedrig entlohnt, überwiegend von Frauen erbrachten Dienstleistungen zur Daseinsvorsorge weiter ökonomisiert und damit dem Primat der Gewinnmaximierung unterworfen werden. Denn dies würde einerseits Risiken der Sicherstellung der Daseinsvorsorge mit sich bringen und andererseits die Lohnspirale noch weiter senken mit der Folge, dass diese Dienstleistungen schlechter und mit nicht Existenz sichernden Löhnen für die Arbeitnehmerinnen erbracht werden.

440 ***Bündnis90/ Die GRÜNEN stellen daher fest: Nordrhein-Westfalen braucht einen „Grünen New Deal“ aus drei Elementen: Der Stabilisierung des angeschlagenen Bankensektors und zukunftsfähiger Unternehmen, der***
445 ***Regulierung der Finanzmärkte und einem sozial-ökologischen Investitionsprogramm für eine wirtschaftliche Neuausrichtung.***